

Ungarn, Deutschland, Europa – Bilanz und Perspektiven eines schwierigen Verhältnisses

Veranstalter: Hungaricum – Ungarisches Institut der Universität Regensburg (HUI) / Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) Regensburg, 18. November 2016

Bericht von Krisztina Busa, Regensburg / München

□ Das Bild Ungarns in Deutschland und das Bild Deutschlands in Ungarn gegenseitig in einem europäischen Kontext zu reflektieren – die aktuelle Flüchtlingskrise gab dieser Thematik besondere Aktualität. Auf der internationalen Tagung des Hungaricums – Ungarisches Institut der Universität Regensburg (HUI) und der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG), wurden neben dem Eröffnungsblock weitere Themenblöcke der Vergangenheitsbewältigung, den *kin-state*-Politics sowie der Medienbericht-erstattung gewidmet. Eine Podiumsdiskussion mit vier Journalisten über die Rolle der Medien in der Wahrnehmung Deutschlands und Ungarns im jeweils anderen Land rundete den Tag ab.

Das kleine, unscheinbare Ungarn schein plötzlich im Visier des Interesses zu stehen, konstatierte Tagungsleiter *Zsolt K. Lengyel* (HUI) in seiner Einführung und formulierte den Wunsch nach einer Dialogveranstaltung, bei der die einzelnen Lager nicht untereinander blieben, sondern miteinander redeten. *Hansjörg Brey* (SOG) benannte zur Eröffnung schlaglichtartig die Eckpunkte des gegenseitigen aktuellen Bildes. Aus der Sicht Deutschlands sei Ungarn ein Land mit zunehmenden autokratischen Tendenzen, das Front gegen Neoliberale und eine multi-kulturelle Gesellschaft mache, das laut neuestem Bertelsmann Transformation Index als eine defekte Demokratie gelte. Deutschland auf der anderen Seite sei zusammen mit dem dort verfolgten supranationalen Prinzip der europäischen Integration aus der Sicht Ungarns zum Scheitern verurteilt. Die EU befände sich in einer Krise; nach gängiger deutscher Auffassung sei Ungarn ein Teil dieses Problems. Die gegenwärtige Führung in Ungarn habe sich einer Art Freiheitskampf gegen Brüssel verschrieben.

Zoltán Kiszelly (Kodolányi-János-Hochschule, Székesfehérvár) betitelte seinen Beitrag mit „Flüchtlinge – die neuzeitliche Völkerwanderung – ‚Willkommen und Abschied‘“. Der Referent trug mit deutlichen, zum Teil polemischen Formulierungen seine Thesen vor, die sich laut Aussage des Referenten in großen Teilen mit dem Standpunkt der aktuellen ungarischen Regierungskoalition deckten. „Flüchtling“ sei ein eher von der Linken, „Migrant“ ein eher von der Rechten gebrauchtes Wort. In Ungarn herrsche generelles Misstrauen gegenüber Brüssel, das Verhältnis sei keine *win-win*-Situation mehr, denn „diese“ EU sei am Ende. Ungarn und die Osteuropäer allgemein hätten schlechte Erfahrungen mit der Migration gemacht, die die Abstiegsängste der Bevölkerung stärke. Ungarn fühle sich von den Machtzentren weit weg; das Land wolle keine dauerhafte Ansiedlung von Muslimen und kein „Migranten-Hot-Spot“ werden. Ungarn habe deshalb früh auf den Bau einer Mauer gesetzt, um auf diese Weise auch die Schengener Außengrenzen gesetzeskonform schützen zu können. Der Referent kritisierte die Tätigkeit von György Soros, der, wie der Referent behauptete, die Aufnahme von einer Million Flüchtlingen befürworte und durch seine Unterstützung der European Stability Initiative (ESI) indirekt auch die deutsche Bundesregierung beeinflusse. Als Alternativen nannte Kiszelly:

„das mediterrane Taxi abbestellen“ und die Flüchtlinge außerhalb der EU in Sicherheit bringen. Jedes Land solle über Migranten direkt entscheiden können; Ungarn würde z.B. eher ukrainische Gastarbeiter beschäftigen. Ein Mini-Schengen wäre auch vorstellbar, bestehend aus Slowenien, Polen, Ungarn und Italien.

Wolfgang Aschauer (Universität Potsdam; Tagungsleiter seitens der SOG) trug über die deutsche Flüchtlingspolitik und die Rolle Ungarns vor. Der Referent näherte sich der Flüchtlingspolitik auf ungewöhnliche Weise mit der Hilfe politischer Herrschaftsmodelle – wie *good governance* und imperativer Steuerung – und bot einen Überblick über Akteure und Haltung einzelner gesellschaftlicher Sphären in Bezug auf die Flüchtlinge. In der Flüchtlingspolitik gehe es um Mitgefühl und Kontrolle – zwei Leitprinzipien, die auch im Titel des am 4. Oktober 2015 von der ESI vorgestellten Merkel-Plans stehen (restoring control; retaining compassion). Mitgefühl könne jedoch nicht als Grundlage für Flüchtlingspolitik dienen. In einem nächsten Schritt beleuchtete Aschauer die deutsche Flüchtlingspolitik 2015 und die Rolle, die dabei Ungarn spielte. Tote Flüchtlinge, wie die Leichen im Transporter in Österreich, hätten die öffentliche Aufmerksamkeit verstärkt auf die Balkanroute gelenkt. Ereignisse, wie das Zuwerfen von Lebensmitteln in Röscke oder staatliche Plakate gegen Flüchtlinge hätten Reaktionen der Kontrolle hervorgerufen: Die Grenze nach Deutschland wurde geöffnet. Die deutsche Verwaltung galt zwar in diesem Moment als unvorbereitet, so dass die Leitung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schließlich ausgetauscht werden musste, aber es wurden dann neue BAMF-Mitarbeiter eingestellt, mehr sichere Herkunftsländer definiert, usw. Die Aktion lief in Deutschland nicht nach einem bestimmten Plan und wohl auch aus wirtschaftlichen Überlegungen. Ungarn versuchte durch den Bau eines Zaunes an seinen südlichen Grenzen die Situation unter Kontrolle zu bringen. Die Regierung versuche, das Land im Sinne der unbedingten Zugehörigkeit zu einem national-religiös imaginierten Ganzen zu schützen und strebe eine neue „Weltordnung“ an, in der die sozialen Positionen der Flüchtlinge durch staatliche Gewalt zugewiesen werden.

Benedikt Widmaier (Akademie für Politische und Soziale Bildung, Haus am Maiberg, Heppenheim) referierte über politische Bildung und Vergangenheitsbewältigung in Deutschland, obwohl der Begriff *Erinnerungsarbeit* dem Referenten zufolge die geforderte europäische Aufarbeitung der Geschichte besser umschreiben würde als die im Titel angegebene „Vergangenheitsbewältigung“. Widmaier betonte die zentrale Rolle von Auschwitz als negativem Gründungsmythos für die BRD und dadurch auch für die mit der *Reeducation*-Politik der US-Besatzung einsetzende politische Bildung. Sie sei durch Stationen wie die Einführung des Faches Politikwissenschaft in den 1950er Jahren, die Gründung der Bundeszentrale für politische Bildung sowie durch ihre Implementierung in den Bildungsprogrammen der Kirchen, Parteien und Gewerkschaften auf breitere Grundlagen gestellt worden. Mit der Zeit hätten sich mehrere Kontroversen entwickelt, die teilweise das *Reeducation*-Programm in Frage stellten („Charakterwäsche“ von Caspar von Schrenck-Notzing) oder seine Wirkung bemängelten (Ralph Giordano: Die zweite Schuld). Der Historikerstreit in den 1980er Jahren, Debatten, Erinnerungsorte sowie die Prävention gegen Rechtsextremismus und gegen extremen Islamismus hielten die Diskussionen über politische Bildung am Laufen. 2016 wurde das Programm „Demokratie leben“ aufgesetzt, das gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit Projekte initiieren will. Die finanzielle Förderung dieses Programms werde, so Widmaier, ab 2017 deutlich aufgestockt auf 100 Millionen Euro.

Krisztina Slachtas (Historisches Archiv der Staatssicherheitsdienste, Budapest) Vortrag zur historiographischen Aufarbeitung kommunistischer Geheimdienst-Kooperation, speziell zur Tätigkeit der Stasi in Ungarn 1964–1989, bot einen guten Überblick über die Akten der ungarischen

schen „Gauk-Behörde“, des Historischen Amtes der Staatssicherheitsdienste (ÁBTL). Es geht um Bestände u.a. von 3,9 km gedruckten Dokumenten und 7,2 Mio. Mikrofiches, die allesamt ursprünglich zahllosen unterschiedlichen Behördenbeständen angehörten. Im Rahmen der Geheimdienstkooperation bespitzelte die Stasi der DDR seit 1964 ihre Landsleute während deren Ungarn-Urlaubs. Die Referentin konnte die relevanten Akten in der BStU (Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen) mit 250.000 Seiten und im ungarischen ÁBTL mit 20.000 Seiten einsehen. Trotz dieser intensiven Rechercharbeit blieben viele offene Fragen: Wer waren die Leiter der Operativgruppe (OPG)? Wie sah das Netz der inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter (IM) aus? Welche Anzahl von IM muss man ansetzen? Es gibt bisher keinen Hinweis auf eine direkte Steuerung aus Moskau – wie sah also die Zusammenarbeit innerhalb der Ostblockstaaten aus? 1988-1989 wurde ein zweites IM-Netz mit saisonalen Kräften am Balaton aufgebaut, es wurden auch zahllose Überwachungsfotos aufbewahrt, leider die meisten getrennt von den Akten. So wisse man weder Name, noch Ort, noch Umstände der Aufnahme, weshalb sie wenig aufschlussreich für die Erforschung der Tätigkeit der Stasi blieben, umso wertvoller sind sie aber für alltagsgeschichtliche Forschungen.

Gerald Volkmer (Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg) zeichnete die Grundzüge der Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den deutschen Minderheiten im östlichen Europa nach. Die ca. 0,2-0,3 Prozent der Einwohner in Deutschland, die zu den nationalen Minderheiten, sowie die ca. eine Million Menschen im östlichen Europa, die zur deutschen Minderheit gezählt werden, sind eine relativ kleine Gruppe ohne politische Sprengkraft. Deutschland unterstütze die deutschen Minderheiten aus Solidarität und aus einer historisch-moralischen Verantwortung für die Opfer der NS-Umsiedlungspolitik und der Unterdrückung während der kommunistischen Zeit im Einvernehmen mit den Titularnationen. Ziel sei es, die Minderheiten beim Erhalt der Mehrsprachigkeit, der kulturellen Kompetenz und der kirchlichen Strukturen zu unterstützen. Es solle Hilfe zur Selbsthilfe geboten werden. In der Praxis gestalte sich dies nach Bedarf – in Rumänien mit einem voll ausgebildeten Bildungssystem naturgemäß anders als z.B. in den GUS-Staaten.

Ferenc Eiler (Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest) referierte über Ungarn und seine Politik zum Schutz der ungarischen Minderheiten seit 1920. Wegen der Größenordnung sei die politische Sprengkraft der Konnationalen in Ungarn wesentlich größer als in Deutschland. In der Zwischenkriegszeit verfolgte Ungarn als eines seiner wichtigsten außenpolitischen Ziele die territoriale Revision, in deren Folge zwischen 1938-1944 sich ein Großteil der ungarischen Minderheiten wieder unter ungarischer Staatshoheit befand. 1945-1948 hatte Ungarn keine Mittel in der Hand, die Interessen der Konnationalen zu vertreten; diese wurden Opfer von Bevölkerungsaustausch und Abschiebungen, auch mangels internationalen Minderheitenschutzes. 1949-1968 galt die „Automatismusthese“, 1968-1989 die Konzeption der „Brücken-Rolle“. Als Katalysator wirkte in dieser Zeit der nationalisierende Charakter von Rumänien: Die demokratische Opposition in Ungarn sowie die Technokraten in der Sozialistischen Arbeiterpartei entdeckten das Thema der Minderheiten und seine Wichtigkeit. Spätestens seit 1988 könne man von einer *kin-state*-Politik in Ungarn sprechen. 1990-2016 war das Ziel, keine territoriale Revision zu fordern, aber die Minderheiten zu unterstützen und zu erhalten. Nach dem Zusammenbruch der Ostblock-Regime wurden die Minderheitenrechte 1989 in der ungarischen Verfassung, im Minderheitengesetz von 1993 sowie in den Grundlagenverträgen verankert. Leitlinie der „linken“ ungarischen Regierungen war es, die Zusammenarbeit jenseits der Grenzen zu forcieren, die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort voranzubringen. „Rechte“ ungarische Regierungen unterstützten Autonomieforderungen, erweiterten die institutionelle Basis in der Heimat und klärten die rechtlichen Verhältnisse der Konnationalen zum ungarischen Staat.

Annamária Fábíán (Universität Regensburg) stellte eine quantitativ angelegte Studie über die Wahrnehmung der Bundesrepublik Deutschland in der ungarischen Presse dar. Die Referentin hatte ca. 300 Online- und Printartikel ungarischer Medien zwischen 2012-2016 mit der Methode der Inhaltsanalyse und der linguistischen Diskursanalyse analysiert, um die Kontexte zu beleuchten, in denen Themen wie die Beziehung zwischen Deutschland und Ungarn, die Flüchtlingskrise 2015 oder Deutschland als politisches Schwergewicht in Europa thematisiert wurden. Um die Vielfalt und die politische Orientierung der Quellen zu verdeutlichen, gab Fábíán kurze allgemeine Einstufungen der politischen Orientierung der Publikationen. Analysiert wurden u.a. *Élet és Irodalom*, *Heti Válasz*, *Magyar Demokrata*, *Nevem Senki* sowie Online-Quellen wie *Civilhetes*, *Hírstart*, *Heti Válasz*, *Hír TV*, *HVG*, *Index*, *Magyar Hírlap*, *Magyar Nemzet*, *Magyar Narancs*, usw. An mehreren Beispielen konnte Fábíán zeigen, dass die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen im positiven Kontext erwähnt werden, und Kritik an Deutschland immer indirekt, entweder durch Zitate oder durch *pars pro toto*-Aussagen (Brüssel statt die EU) sowie durch Generalisierungen (der Westen statt Deutschland) formuliert werde.

Zsolt K. Lengyel (HUI) konzentrierte sich in seinem Referat auf das Ungarn-Bild der deutschen Medien, auf Entwicklungslinien seit 1989/1990 und auf neuere Schwerpunkte seit 2010. Der Referent stellte einerseits den kulturkritischen Rahmen mit Vorwürfen des Nationalismus, Antisemitismus und Antiziganismus – allgemein der Fremdenfeindlichkeit in Ungarn – , andererseits die systemkritische Ebene mit Anschuldigungen eines neuen ungarischen Autoritarismus dar. Als Kennzeichen dieser Systemkritik sah Lengyel auf linksliberaler Seite (SPD, Grüne) eine Dämonisierung Orbáns, fehlende Ursachenforschung in Bezug auf den Zustand der ungarischen Opposition sowie eine Vermengung von Fidesz und Jobbik zu einem einheitlichen rechtsradikalen Lager, während er der rechtskonservativen Seite (CDU/CSU) eine ausgewogenere Abwägung mit teilweise konstruktiver Kritik attestierte. Während der Flüchtlings- und Migrantenkrise sei es 2015 zu einer Zuspitzung der Berichterstattung gekommen. Im September 2015 noch habe es eine einheitliche Ablehnung in der deutschen Presse gegeben, weil ungarische Behörden nach mehrheitlicher Darstellung der deutschen Presse Hilfsbedürftige in menschenverachtender Weise behandelt hätten. Anfang 2016 seien dann auch verständnisvollere Meinungen zu hören gewesen, dass Ungarn nicht nur alles falsch gemacht habe und teilweise für Deutschland die „Drecksarbeit“ erledige. Das Quoten-Referendum in Ungarn Anfang Oktober 2016 schein die Lage wieder zu verschärfen.

Abschließend diskutierten auf dem Podium über die Rolle der Medien die Journalisten *Georg Paul Hefty* (ehemals FAZ), *Boris Kálnoky* (Die Welt), *Karin Rogalska* (freie Journalistin) sowie *Gregor Mayer* (Standard/Profil und dpa-Korrespondent). Die Teilnehmer diskutierten zuerst allgemeine Tendenzen in den Medien, die die Berichterstattung sowohl in Ungarn als auch in Deutschland beeinflussen: Freie Journalisten, in Abhängigkeit von den Redaktionen, in denen oft Fremdsprachenkenntnisse wie Ungarisch fehlten, dadurch die große Gefahr einer Zwangskonformität in der Presse. Weiterhin wurde der viel giftiger gewordene Ton in der deutschen Presse erwähnt, der vielleicht auch die „Klickmentalität“ bediene und dadurch deutlich mache, dass die Medien durch das Internet stark unter Druck geraten sind. In Bezug auf Ungarn seien dies Formulierungen wie „Fremdkörper“, „Beule am Hintern der europäischen Kuh“, oder Beschreibungen eines angeblich im Entstehen begriffenen „faschistoiden“ Systems in Ungarn; weitere unschöne Beispiele könnten in Bezug auf Donald Trump genannt werden. Die Aussage, dass Ungarn eine infarkte Demokratie mit einem alles einsaugenden Kraftfeld sei, weckte bei den Podiumsteilnehmern Fragen nach dem „richtigen“ Demokratiemodell mit dem deutlichen Hinweis, dass das deutsche Modell nicht für alle anderen Länder als Maßstab gelten könne; auch Trumps Wahl sollte als Sieg der Demokratie anerkannt werden.

Ebenso kamen fehlende, längere Beobachtungsperspektiven zu Wort: Unterschiede zwischen der Regierungskoalition von Orbán 1998-2002 und nach der Finanzkrise seit 2010 könnten manches in seinem Handeln erklären. Auch zur Geschichte des abrupten Einstellens der regierungskritischen, linksliberalen Tageszeitung „Népszabadság“ im Oktober 2016 gehöre u.a. der vor Jahren erfolgte Anteilsverkauf der Ungarischen Sozialistischen Partei. Die Rolle der Wahlen in der Demokratie wurde ebenfalls ein lang diskutiertes Thema, vor allem vor dem Hintergrund der immer stärker werdenden populistischen Tendenzen. Stimmen aus dem Publikum verwiesen darauf, dass Wahlen alleine natürlich nicht eine Demokratie legitimierten, zu der auch eine unabhängige Justiz, eine freiheitliche Grundordnung, unabhängige Medien, usw. als Wesensfaktoren gehörten.

Insgesamt eine gelungene Veranstaltung, die den erhofften Diskussionen vor allem beim Journalisten-Panel und dem abschließenden Gedankenaustausch mit der Zuhörerschaft breiten Raum bot.
